



Merz: Kanzler muss unverzüglich die Vertrauensfrage stellen

Nach Scheitern der Ampel-Regierung - „Politische Insolvenzverschleppung“ nicht hinnehmbar

Nach dem Scheitern der Ampel-Regierung fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Bundeskanzler Olaf Scholz auf, unverzüglich die Vertrauensfrage zu stellen. „Das muss jetzt schnell gehen“, sagte Unionsfraktionschef Friedrich Merz. Auch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt findet eine „politische Insolvenzverschleppung“ nicht hinnehmbar.

Merz betonte: „Es gibt überhaupt keinen Grund, die Vertrauensfrage erst im Januar nächsten Jahres zu stellen.“ Die CDU/CSU-Fraktion fasste am Freitagmorgen einen einstimmigen Beschluss, den Bundeskanzler aufzufordern, noch in dieser, spätestens aber Anfang der kommenden Woche sich dem Votum des Bundestages zu stellen. Da Scholz keine Mehrheit der Abgeordneten mehr hinter sich habe, müsse er die Verantwortung für die Geschehnisse Deutschlands an die Wählerinnen und Wähler zurückgeben, sagte Merz. Vorgezogene Bundestagswahlen schon im Januar seien möglich. „Es gibt keinen Grund, bis zum Frühjahr zu warten.“

Dobrindt nannte es „arrogant und respektlos“, wenn der Kanzler mit der Vertrauensfrage bis Januar zögere und die Wahlen erst für März anberaume. Die Restampel könne nicht den Anspruch haben, als Minderheit weiterzuregieren. „Deutschland braucht einen Kurswechsel“, sagte er. „Wir können uns kein Kanzlerkoma leisten.“

Nach monatelangen Querelen über den Kurs in der Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, die sich in dieser Woche zuspitzten, hatte Bundeskanzler Olaf Scholz am Donnerstagabend erklärt, dass er den Bundespräsidenten

Das signierte Lewandowski-Trikot in meinem Büro bekommt Gesellschaft vom neuen, ebenfalls signierten Harry Kane-Trikot – überreicht von meinem Bundestagskollegen und Präsidenten unseres FC-Bayern-Fanclubs im Bundestag, Florian Hahn.



Friedrich Merz bei der Pressekonferenz am Donnerstag (Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

gebeten habe, Bundesfinanzminister Christian Lindner zu entlassen: Gleichzeitig hat er die Zusammenarbeit mit der FDP aufgekündigt. Jedoch will er bis Anfang des nächsten Jahres mit wechselnden Mehrheiten regieren und erst am 15. Januar die Vertrauensfrage stellen. ■



Antisemitismus bekämpfen: „Nie wieder ist jetzt“

„Nie wieder ist jetzt“: Der Bundestag ruft eindringlich zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland auf. Mit übergroßer Mehrheit verabschiedete das Parlament einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP, in dem die besondere Verantwortung Deutschlands im Kampf gegen Antisemitismus unterstrichen wird. Beklagt wird darin, dass seit dem Terror-Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 Judenhass und israelbezogener Antisemitismus hierzulande auf ein seit Jahren ungekanntes Niveau gestiegen ist.

„Wir wollen, dass Jüdinnen und Juden unbeschwert und angstfrei in unserem Land leben können“, betonte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Unionsfraktion, Andrea Lindholz, in der vereinbarten Debatte des Bundestages. Sie erinnerte an die Reichspogromnacht vom 9. November 1938, die sich zum 86. Mal jährt und mit der die Anfeindung der Juden in Deutschland in eine systematische Verfolgung überging. Die Lehre aus der Geschichte könne nur ein „Nie wieder“ sein, sagte Lindholz. Und dieses „Nie wieder“ sei jetzt. Deshalb sei es „unsere Aufgabe, Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen konsequent zu bekämpfen und für das Existenzrecht Israels einzustehen.“

Daniela Ludwig, Beauftragte der Unionsfraktion für jüdisches Leben in Deutschland und für die Beziehungen zum Staat Israel, rief den jüdischen Mitbürgern im Land zu: „Wir sehen Euch. Wir nehmen Eure Sorgen und Nöte ernst.“ Es sei nicht hinnehmbar, dass der in unterschiedlichem Gewand daherkommende Antisemitismus wieder gesellschaftsfähig werde. Ludwig versprach: „Dieses Mal schauen wir nicht weg.“ Denn es gehe auch um unsere Werte und unseren Rechtsstaat.

In dem Antrag heißt es dazu: „Jede einzelne Attacke ist zugleich ein Angriff auf die Werte und Grundsätze, auf denen unser Zusammenleben und unsere Demokratie

fußen.“ Der Kampf gegen Antisemitismus sei nicht alleine Aufgabe des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft, insbesondere der Parteien und der zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Die Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und der Union weisen darauf hin, dass Antisemitismus seit dem 7. Oktober 2023 zunehmend offen gezeigt und gewalttätig ausgetragen wird. Sie sprechen auch die unterschiedlichen Nährböden an: im rechtsextremistischen und islamistischen, aber auch im linken antiimperialistischen Milieu. Erschreckend sei das Ausmaß des Antisemitismus, der auf Zuwanderung aus den Ländern Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens basiert.

Andrea Lindholz betonte: „Wer in unser Land kommt, der muss die Verantwortung für Jüdinnen und Juden und für das Existenzrecht Israels ohne Wenn und Aber akzeptieren – oder er muss unser Land verlassen.“ Dies müsse im Strafrecht, im Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht noch deutlicher zum Ausdruck kommen.

Im Antrag wird herausgestellt, dass es nicht nur Ausdruck deutscher Staatsräson ist, „die Vielfalt jüdischen Lebens anzuerkennen, sichtbar zu machen, zu bewahren und zu schützen“. Das Schutzversprechen gelte auch für das Existenzrecht des Staates Israel als sichere Heimstätte des jüdischen Volkes. Betont wurde erneut das völkerrechtlich verbrieftete Recht Israels, sich gegen Angriffe zu verteidigen und seine Bürger vor Terror zu schützen.

Unter anderem forderte der Bundestag die Bundesregierung auf, die Sicherheit jüdischen Lebens und den Schutz jüdischer Einrichtungen zu garantieren. Judenhass müsse auch im digitalen Raum bekämpft werden. Organisationen und Projekte, die Antisemitismus verbreiteten, das Existenzrecht Israels in Frage stellten oder zum Boykott Israels aufriefen, dürften nicht finanziell gefördert werden. ■

Energiewende: Für sauberen, bezahlbaren und preiswerten Strom

Die Energiewende stellt Deutschland vor große Herausforderungen. Sie kann nur dann gelingen, wenn Deutschland ein international wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt. Voraussetzung dafür ist eine verlässliche Versorgung mit sauberer und bezahlbarer Energie. Wie dies sichergestellt werden kann, darüber diskutierte die CDU/CSU-Fraktion mit Vertretern von Wirtschaft und Verbänden auf einem Kongress. Dass sie damit einen Nerv traf, zeigt das rege Interesse am

Thema: Über 600 Gäste nahmen teil. Gleich zu Beginn des Kongresses stellte Fraktionschef Friedrich Merz eines klar: Wirtschaft, Energieversorgung und Klimaschutz lassen sich nicht getrennt voneinander betrachten, sie müssen als Einheit verstanden werden. Das Ziel, dass Deutschland bis 2045 klimaneutral wird, kann nur erreicht werden, wenn die Wirtschaft prosperiert. Dafür wiederum brauche es eine preisgünstige und sichere Energieversorgung – und zwar für alle, betonte Merz. Nur wenn Energie bezahlbar bleibe, sichere man sich auch die gesellschaftliche Akzeptanz. ■